

Maren Hassan-Beik

Klasse, Bewegung und Krise

Klassenspezifische Krisenwahrnehmung bei Fridays-for-Future-Demonstrant*innen und Auszubildenden in der Automobilindustrie

In der Diskussion um die soziale Frage in Deutschland der vergangenen Jahre werden zwei zentrale Probleme verhandelt: So wirkt die unzureichende politische Adressierung und Bearbeitung sozialer Schief lagen seitens der Politik erstens verstärkend auf rechte Ideologeme und reaktionäre Bewegungen (Brinkmann/Hassan-Beik/Zappino 2019), während die Zunahme rechtsorientierter Vereinnahmung von Widerstand sich auf progressive Protestformen lähmend und spalterisch auswirkt. Zweitens scheinen sich die Problemfelder Klimakrise und sozialer Abstieg gegen eine fruchtbare Synthese zu sperren und regelrecht gegeneinander gestellt zu werden. Konfligieren jedoch populäre Antworten auf klimapolitische Fragen fortwährend mit sozialen Interessen, wie Dörre et al. (2020) am Beispiel der Kritik an Kohle und Verbrenner aufgezeigt haben, besteht die Gefahr, dass erfolgreiche Gesprächsangebote beider Seiten blockiert bleiben.

Die Suche nach Ansätzen zur Lösung dieses Konflikts führt wiederum zur Frage, welche strukturellen Mechanismen dem Konflikt zwischen sozialer und ökologischer Frage zugrunde liegen. Zur Beantwortung möchte ich im Folgenden einen Beitrag leisten, indem ich anhand einer skizzierten Klassenanalyse und der theoretischen Ableitung möglicher Erklärungsansätze aufzeigen möchte, dass sich insbesondere klassenspezifische Unterschiede hinter der unterschiedlichen Interessenausrichtung und Konfliktbearbeitung verbergen.

Rückblick auf die Studie „Jugend in der Krise“

Zur Analyse verwende ich die Daten aus einem Forschungsprojekt, welches von mir und fünf weiteren Soziologie-Absolvent*innen der TU Darmstadt¹ im Jahr 2019 durchgeführt wurde und die Krisenrezeption und Protestartikulation Jugendlicher und junger Erwachsener untersuchte. Anhand von standardisierten Fragebögen und Interviews befragten wir Auszubildende in der Automobilindustrie (n = 210) und Demonstrant*innen der Fridays-for-Future-Bewegung (n = 452) zu politischen Einstellungen, sozialer und ökologischer Kritik sowie zu ihrer sozialen Herkunft. Die Befragungen fanden während betrieblicher Jugendversammlungen der Auszubildenden sowie am Global Climate Strike am 20. September 2019 statt. Die befragten Gruppen von Jugendlichen und jungen Erwachsenen unterscheidet, dass sie Mitglieder unterschiedlicher sozialer Bewegungen sind und – so bleibt noch zu zeigen – unterschiedlichen Klassen angehören.

¹ Insgesamt waren sechs Studierende am Forschungsprojekt beteiligt: Felizitas Freundt, Luca Karg, Maurice Laßhof, Klara Oeser und Joshua Seger.

Während die Mitglieder von FfF ihre Kritik gegen die deutsche Autoindustrie sowie gegen den Konsum konventionell produzierter Güter richten, erleben die befragten Auszubildenden in ihrem Betrieb hingegen hautnah, was Angst vor sozialem Abstieg bedeutet. Ihre Branche sieht sich aus zwei Richtungen unter Druck gesetzt: zum einen durch wachsende Kritik am Individualverkehr sowie die sich aufdrängende Umstellung auf E-Motoren, zum anderen aufgrund einer Konzernübernahme zum Zeitpunkt der Befragung. Als Gewerkschaftsmitglieder protestierten sie gegen den schrittweisen Abbau der Belegschaften und der Ausbildungsplätze in ihrem Betrieb. Diese Problematik lässt sich nicht zuletzt in den Kontext von finanzmarktkapitalistischer Akkumulation einordnen, denn die Zuspitzungen in der Automobilindustrie sind nur ein Beispiel dafür, wie im Finanzmarktkapitalismus Marktrisiken mit einem flexibel agierenden Beschäftigungsmanagement abgefedert werden und „Entscheidungssysteme und Organisationsstrukturen der Unternehmen [...] einer straffen Profitsteuerung“ (vgl. Dörre, 2009: 60) unterworfen werden.

Einige Ergebnisse unserer Befragung wurden von Luca Karg und Maurice Laßhof in Z 123 (September 2020) bereits vorgestellt (vgl. auch Karg/Laßhof 2021). Als zentrales Ergebnis der Untersuchung wurde insbesondere der in beiden Untersuchungsgruppen drastisch ausfallende politische Vertrauensverlust und die als niedrig eingeschätzten subjektiven Möglichkeiten der Einflussnahme hervorgehoben. So vertrauen dem Handeln von Politiker*innen rund drei Viertel beider Untersuchungsgruppen wenig bis gar nicht. 65,8 Prozent der Auszubildenden und 58,9 Prozent der Demonstrant*innen stimmen außerdem der Aussage *„Man verliert allmählich jegliches Vertrauen in die Politik“* zu.

Dabei konnte die Studie aufzeigen, dass es sich bei FfF keineswegs um Vertreter*innen einer homogenen „Klimajugend“ (ZHAW, 2019) handelt (vgl. Karg/Laßhof 2020: 64). So priorisieren die Auszubildenden erstens die Klimakrise nicht wie die Demonstrant*innen und zweitens zeichnen sie sich durch ein deutlich mehr in Richtung Misstrauen und Unzufriedenheit verlagertes Bild aus. Beispielsweise konnte eine große Diskrepanz zwischen beiden Untersuchungsgruppen durch die Frage nach der Zufriedenheit mit der Demokratie festgestellt werden. So äußern sich 37,7 Prozent der Demonstrant*innen zufrieden und circa ein Viertel (27,3 %) unzufrieden. Unter den Auszubildenden überwiegt hingegen der Anteil der Unzufriedenen mit 38 Prozent deutlich den Anteil der Zufriedenen (24 %).

Was ihre Einstellungen gegenüber der Politik betrifft, ähneln sich beide Untersuchungsgruppen auf den ersten Blick und spiegeln klar den von der Postdemokratiethese attestierten politischen Vertrauens- und Repräsentationsverlust wider. Vertrauensverlust in die Politik und „Demokratiemüdigkeit“ (Crouch 2008: 32) unter der Bevölkerung wurden empirisch vielfach bestätigt (u. a. Decker et al. 2019) und darüber hinaus als Signum sozialer Bewegungen im 21. Jahrhundert identifiziert. Dass Unzufriedenheit mit der Politik nicht automatisch in Politikverdrossenheit mündet, sondern unter anderem auch als Motor (rechter) sozialer Bewegungen fungieren kann, zeigen unter anderem Studien zu Pegida und Occupy, bei denen es sich um „Bewegungen der Postdemokratie“ handelt (Dé-

cieux/Nachtwey 2014; Nachtwey 2015). Die bei diesem Thema jedoch ebenfalls sichtbaren Unterschiede im Antwortverhalten werfen die Frage auf, inwiefern sich auch in der Klassenzugehörigkeit die politischen Einstellungen und die Krisenrezeption widerspiegeln.

Klasse und Krisenrezeption

2020 äußert eine Studie des Bennett Institute for Public Policy der University of Cambridge mit dem Titel ‚*Global Satisfaction with Democracy 2020*‘ hinsichtlich ihrer Ergebnisse die Vermutung, dass der Trend zur Unzufriedenheit mit der Demokratie auf materielle Verschlechterungen der Lebensbedingungen zurückzuführen ist: „[e]conomic shocks, corruption scandals, and policy crises. These have an immediately observable effect upon average levels of civic dissatisfaction“ (Foa et al. 2020: 2). Eine Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung bestätigt, dass unter „niedrig Gebildeten, den sich selbst der Unter- oder Arbeiterschicht Zurechnenden und den Nichterwerbstätigen“ rund 70 Prozent unzufrieden mit der Demokratie sind, während es in der Mittelschicht nur 48 Prozent und in der Oberschicht 42 Prozent sind (vgl. Decker et al. 2019: 31).

Hinzu kommt, dass materielle Benachteiligung und ein niedriger Bildungsabschluss der Studie zufolge auch tendenziell die Teilnahmebereitschaft in sozialen Bewegungen mindern. Laut Schäfer verstärken sich in der Postdemokratie soziale und demokratische Exklusion gegenseitig, denn „die Ersetzung des Korporatismus durch Lobbyismus einerseits und Bürgerbewegungen andererseits erschweren es vor allem sozial Schwachen, an der politischen Willensbildung teilzuhaben, weil niedrigschwellige Partizipationsmöglichkeiten knapp werden“ (Schäfer 2008: 40). Und tatsächlich gibt es gerade mit Blick auf die politischen Einstellungen, die Sozial- und die Kapitalismuskritik unter den Auszubildenden Anlass zur Vermutung, dass ihre stärkere Krisenbetroffenheit nicht automatisch Kritik nach sich zieht. An diese Vermutung schließen Eberl und Salomon an, wenn sie konstatieren, dass in der Postdemokratie demokratische Partizipation und Klassenzugehörigkeit zusammenfallen. In unteren Klassen sei zwar die Unzufriedenheit mit der Politik und ein Vertrauensmangel überproportional vertreten, jedoch würden paradoxerweise insbesondere „Mittel- und Oberschichten [...] einen besonderen Aktivismus entfalten“ (Eberl/Salomon 2014: 19), in welchem die soziale Frage weniger Thematisierung finde. Laut Groh-Samberg sei es bei ihnen die Klassenzugehörigkeit, die den Grad politischer Partizipation und Auseinandersetzung erklären könne (vgl. Groh-Samberg 2009: 203). Diese Debatte legt die Frage nahe, ob sich die Klassenzugehörigkeit auch hinter der disparaten Krisenrezeption der beiden Untersuchungsgruppen als gewichtiger Faktor herausstellt.

Klassenanalyse als erklärender Ansatz der unterschiedlichen Krisenrezeption

Unter Berücksichtigung der analytischen Schwierigkeit, welche sich aus dem komplexen Vorhaben des Erklärens der klassenspezifischen Varianz von Gesellschaftsbildern ergibt, möchte ich im Folgenden gerne Ansatzpunkte aus der

Klassentheorie aufnehmen und anhand der Untersuchungsergebnisse besprechen. Dabei lautet die Annahme, dass Krise und Krisenrezeption eine Vielzahl sozialer und kultureller Vermittlungsebenen durchlaufen, unter denen die Klassenzugehörigkeit eine zentrale Konstante darstellt. Dieses Vorgehen bezieht sich unmittelbar auf die sozialwissenschaftlichen Erörterungen von Marx, laut dem sich über „den verschiedenen Formen des Eigentums, auf den sozialen Existenzbedingungen [...] ein ganzer Überbau verschiedener [...] Empfindungen, Illusionen, Denkweisen und Lebensanschauungen“ (Marx 1960: 139) erhebe.² Daran möchte ich mit der Annahme anschließen, dass zwischen objektiver Krise und subjektivem Krisenbewusstsein klassen- und bewegungsassoziierte Vermittlungsebenen liegen, die im Rahmen historisch tradierter, aber auch lebensweltlich bedingter Gesellschaftsbilder und Alltagsdeutungen unterschiedliche – teils gegeneinander gerichtete – Krisenrezeptionen vermitteln.

Mit dem wachsenden Dienstleistungssektor etablierten sich in der Sozialwissenschaft insbesondere nach 1945 soziale Schichtungstheorien, die den Klassenbegriff als überholt betrachteten. In dieser weit verbreiteten Ablehnung des Klassenbegriffs sieht Kadritzke die Funktion, „ein Gesellschaftsverständnis [zu fördern, M.H.] das Eigenschaften wie Leistungswillen und Selbstständigkeit in ein meritokratisches Leitbild gießt“ (Kadritzke 2019: 69f.). Die Marxsche Klassentheorie gilt mit dem wachsenden Dienstleistungssektor keineswegs als überholt – bereits Marx begründete, dass die Dienstleistungsarbeit nicht außerhalb des kapitalistischen Produktionsverhältnisses stehe, sondern Bestandteil des Gesamtarbeiters sei, der den „kooperativen Charakter des Arbeitsprozesses“ (Marx 1962 [1867]: 531) darstelle. Laut Bischoff und Herkommer sei mit der Feststellung der Pluralisierung von Lebensstilen der Klassenbegriff selbst keineswegs überholt, denn der Lebensstil allein reiche als Merkmal zur Bestimmung von Klassen nicht aus (vgl. Bischoff/Herkommer 1990: 86). Um dem vermuteten Zusammenhang von Klasse und politischen Einstellungen analytisch gerecht zu werden, muss die Analyse also einerseits die Diversität der Klassenlagen berücksichtigen und darf andererseits das Exploitationsverhältnis als grundlegenden Mechanismus der Herrschaftsreproduktion nicht aus den Augen verlieren.

2

Ein Vorwurf, dem sich die Vermutung dieses Zusammenhangs oft ausgesetzt sieht, bezieht sich mit Berechtigung auf den von vielen marxistischen Rezeptionen bedienten ökonomistischen Determinismus. Engels wehrt sich gegen den Vorwurf des Ökonomismus in einem Brief an Joseph Bloch jedoch äußerst treffend: „Wenn nun jemand das dahin verdreht, das ökonomische Moment sei das einzig bestimmende, so verwandelt er jenen Satz in eine nichtssagende [...] Phrase. Die ökonomische Lage ist die Basis, aber die verschiedenen Momente des Überbaus – politische Formen des Klassenkampfes, [...] Rechtsformen, und nun gar die Reflexe aller dieser wirklichen Kämpfe im Gehirn der Beteiligten, politische, juristische, philosophische Theorien, religiöse Anschauungen und deren Weiterentwicklung zu Dogmensystemen, üben auch ihre Einwirkung auf den Verlauf der geschichtlichen Kämpfe aus und bestimmen in vielen Fällen vorwiegend deren Form.“ (Engels 1967: 463) Anknüpfend daran möchte ich gerne betonen, dass Klassenzugehörigkeit als ein erklärendes Moment herangezogen werden kann, an dieser Stelle jedoch keineswegs deterministisch verstanden werden soll.

Erik O. Wrights Klassenmodell

Unter Berücksichtigung dieser Überlegungen bietet sich Erik O. Wrights Klassentheorie zur Analyse an. Bei der Konstruktion eines für die sozialwissenschaftliche Empirie geeigneten Klassenmodells stellt Wright zwei zentrale Aspekte in den Vordergrund. Sein ausbeutungszentriertes Klassenkonzept („exploitation-centered class concept“; Wright 2004: 54) hebt erstens das erklärende Potenzial von Klassenzugehörigkeit für Arbeiterbewusstsein und -lebenstil hervor, ohne jedoch einem ökonomistischen Determinismus zu verfallen. Wright zufolge werden Interessen und Erfahrungen des Subjekts durch seine Klassenzugehörigkeit geformt, wobei er jedoch nicht lediglich die Stellung im Produktionsprozess, sondern die ihr entsprechende Zugehörigkeit zu sozialen Bewegungen, aber auch soziale Beziehungen oder Mobilität als Vermittlungsebenen in die Betrachtung miteinbezieht (vgl. Wright 2004: 79).

Abb. 1: Klassentypologie von Wright (2004)

		Relation to means of production							
		Owner		Employees					
Number of employees	Many	Capitalists	Expert managers	Skilled managers	Nonskilled managers	Managers			
	Few	Small employers	Expert supervisors	Skilled supervisors	Nonskilled supervisors	Supervisors			
	None	Petty bourgeoisie	Experts	Skilled workers	Nonskilled workers	Non-management			
			Experts	Skilled	Nonskilled				

Wright zeichnet ein Klassenmodell, welches primär auf dem Bestimmungsmerkmal des Exploitationsgrads von Lohnarbeit aufbaut, während Markt- und Lebenschancen als sekundäre Merkmale gelten (vgl. Wright 2004: 20). Neben dem Exploitationsverhältnis, das sich aus dem Gegensatz zwischen Produktionsmittelbesitz und Lohnarbeit ergibt und die „Owner“ („Besitzenden“) von den „Employees“ („Angestellten“) trennt, führt Wright zur weiteren Binnendifferenzierung der Angestellten das Bestimmungsmerkmal des Besitzes von zwei Ressourcen ein, die im Beschäftigungsverhältnis an privilegierte Positionen innerhalb des Exploitationsverhältnisses geknüpft sind. Dabei stellt die erste Ressource den Besitz an Autorität dar, Privateigentümer*innen delegieren Kontrolle und Verantwortung in ihrem Unternehmen beispielsweise an Manager*innen („Managers“ und „Supervisors“), die eine hohe Verantwortung für die getätigt-

ten Investitionen und Entscheidungen des Unternehmens tragen und daher mit „loyalty rents“ („Loyalitäts-Prämie“, Wright 2004: 18) einen Anteil am Surplusprodukt erhalten. Die zweite Ressource bildet die Ausbildungsqualifikation, denn die Exploitationsrate verändere sich laut Wright auch abhängig vom im Betrieb angewandten Wissen. Gut ausgebildete Lohnabhängige, wie Fachkräfte, Vorarbeiter oder Meister („skilled workers“ und „experts“), erhalten als „controller of knowledge“ (ebd.: 19) sogenannte „skill rents“ („Qualifikations-Prämie“, ebd.: 18), deren Höhe sich in Abhängigkeit von der profitgenerierenden Anwendung des beschäftigungsspezifischen Wissens ausgestalten. So entstehen neun Fraktionen innerhalb der Klasse der Lohnabhängigen und drei Fraktionen innerhalb der Klasse der Privateigentümer*innen (siehe Abb. 1).

Zur Klassenzugehörigkeit der Demonstrant*innen und der Auszubildenden

Anhand der Daten lassen sich auch die jungen Befragten in das Klassenmodell nach Wright einordnen, wobei hier der Schwerpunkt auf die Qualifikation gelegt wird, da über den Grad der Autorität prospektiv weniger verlässliche Aussagen möglich sind. Für das Vorhaben sind jedoch Nachjustierungen der Kategorien notwendig, befinden sich die Befragten doch noch in einer Statuspassage. Statt der ausschließlichen Betrachtung des temporären Status der Demonstrant*innen und Auszubildenden soll ihre Klassenlage daher, wie von Wright vorgeschlagen, anhand der vermittelten („mediated class location“) und prospektiven³, direkten Klassenzugehörigkeit („direct class location“) aufgeschlüsselt werden (vgl. ebd.: 132).

Die Ermittlung der prospektiven Klassenlage fällt bei den Auszubildenden recht eindeutig aus, denn sie befinden sich in der Ausbildung zu Facharbeiter*innen. Sie werden voraussichtlich fachlich hoch oder teilweise qualifiziert sein und im Betrieb z. T. auch Vorarbeiter*innen- bzw. Vorgesetztenaktivitäten übernehmen (können). Unter den Demonstrant*innen sind Auszubildende hingegen nur mit rund vier Prozent vertreten. Mit 87,6 Prozent besteht die Mehrheit von ihnen aus Schüler*innen (39,7 %) und Student*innen (47,9 %). Nahezu alle Schüler*innen haben vor, das Abitur zu absolvieren. Insgesamt rund die Hälfte der Demonstrant*innen strebt als Nächstes den Bachelor- oder Masterabschluss an, 2,6 Prozent den Doktor oder die Habilitation.⁴

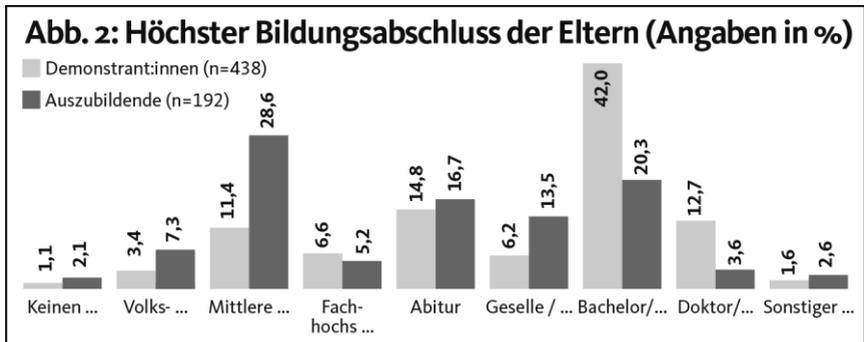
Zur Ermittlung der vermittelten Klassenlage wurden die Befragten nach dem *Nettoeinkommen des hauptverdienenden Elternteils*, der *Wohnform der Eltern* sowie nach dem *höchsten Bildungsabschluss der Eltern* gefragt. Da Einkom-

³ „Prospektiv“, da es sich um die *voraussichtliche* direkte Klassenlage handelt, die anhand des Qualifikationsvorhabens mit relativ hoher Sicherheit vorausgesagt werden kann.

⁴ Von der Frage nach dem zukünftigen Berufsbild, die zwar durchaus varianzerklärend für Bewusstseinsformen ist und zur Ermittlung des Exploitationsgrades wichtig erscheint, wurde abgesehen, denn aufgrund der unübersichtlich großen Zahl an möglichen Ausprägungen ist sie eher für klassenanalytische Forschungsvorhaben mit größerer Stichprobe lohnenswert (vgl. Hagelstange 1990: 116f.).

men, Vermögen und materieller Besitz entlang beider Achsen des Klassenmodells voraussichtlich zunehmen, dienen sie der Ermittlung der direkten Klassenlage der Eltern (vgl. Wright 1989: 32). Bezüglich des elterlichen Einkommens stellte sich heraus, dass die Einkommensverteilung zwar ähnlich gelagert ist, die Auszubildenden jedoch größere Anteile mit niedrigem Einkommen aufweisen.

Wie das Einkommen scheint auch die Wohnsituation recht ähnlich in den Gruppen verteilt zu sein. In beiden Gruppen geben ca. zwei Drittel an, dass ihre Eltern im Eigenheim, ca. ein Viertel in einer gemieteten Wohnung wohnen (Rest: eigene Wohnung). Bei 38 Prozent der Auszubildenden liegt der höchste Bildungsabschluss ihrer Eltern unterhalb der Fachhochschulreife, wobei der Großteil hier einen Realschulabschluss hat. Anders dagegen die Eltern der Demonstrant*innen: Doppelt so viele (55,8 %) haben einen akademischen Bildungstitel (42 Prozent Hochschulabschluss, 12,7 Prozent Doktor oder Habilitation). Nur ein kleiner Teil der Eltern der Demonstrant*innen kommt aus der Facharbeiter*innenschaft (6,2 %).



Die Analyse zeigt, dass mehr als die Hälfte der Demonstrant*innen aus hoch gebildeten Elternhäusern kommt, später in ihrer Mehrheit voraussichtlich selbst einen akademischen Grad besitzen und damit einer hoch qualifizierten und gegebenenfalls mit hohen Autoritätsanteilen ausgestatteten Tätigkeit nachgehen wird. Daher lassen sich die Demonstrant*innen tendenziell im Spektrum der zweiten Spalte des Modells (Abb. 1), unter den Experten, Führungskräften und qualifizierten Managern, verorten. Die Auszubildenden, von denen hingegen nur ein Viertel aus akademisch gebildeten Elternhäusern kommt, steuern tendenziell eher auf den Facharbeiter*innenstatus mit eventueller Vorgesetztentätigkeit zu. Sie lassen sich daher im exploitationsbasierten Klassenkonzept bei den „skilled workers“ und „skilled supervisors“ einordnen.

Zum Zusammenhang von Klassenzugehörigkeit und Krisenrezeption

Vor dem Hintergrund der unterschiedlich ausfallenden Klassenzugehörigkeit scheint sich der von den eingangs erwähnten Forschungsarbeiten konstatierte

Zusammenhang zwischen sozialer Herkunft und Krisenrezeption zu bestätigen.

Dieser wird teilweise von Befragten selbst reflektiert. Einige beschreiben den starken Einfluss ihres überwiegend bildungsbürgerlichen Elternhauses im Rahmen innerfamiliärer, wissenschaftlicher und politischer Diskurse (vgl. FFF-I1, Pos. 24, 32; FFF-I3, Pos. 72; FFF-I6, Pos. 26–34). Zwei Demonstrant*innen sehen das Engagement bei der Bewegung auch von materiell-reproduktiven Voraussetzungen abhängig: *„Es ist tatsächlich eine sehr komfortable Situation, wo ich halt sage, ja, es gibt Leute, die können sich das einfach nicht leisten, jetzt mal ein Jahr lang aktiv zu sein irgendwo, weil wenn man nebenher arbeiten muss, kann man nicht auf drei Plena die Woche gehen [...]“* (FFF-I3, Pos. 54).

Einem Azubi zufolge steht bei seinen Kolleg*innen eher die folgende Frage im Raum: *„Warum soll ich die Arbeitszeit, die ich gerade so habe, noch dafür nutzen, um [...] an irgendwelchen Treffen teilzunehmen, wo ich im Endeffekt vielleicht nicht viel davon hab?“* (AK2-I16: 47)

Auch wenn 84,9 Prozent der befragten Demonstrant*innen die Ursache für die Klimakrise beim Lebensstil der Bevölkerung sehen, zeichnet sich in den Interviews ab, dass die Kolportage des Konsumwandels als Frage des subjektiven Konsumbewusstseins und damit als reine Willensfrage auch unter Demonstrant*innen nicht allzu verbreitet ist. Dies erscheint äußerst wichtig vor dem Hintergrund, dass eine verkürzte Konsumkritik in Form eines moralischen Appells regressiv Tendenzen entfalten kann, da sie als „marktkonformer Extremismus“ (Nachtwey 2015: 88) und ökologisch-motiviertes Dogma materiell Benachteiligte auszuschließen droht (vgl. hierzu auch Steckner/Candeias 2014: 1).

Was die Frage nach dem Zusammenhang von Klassenzugehörigkeit und der Artikulation von Sozialkritik betrifft, zeigt sich zunächst, dass beide Gruppen zukunftsbezogene Sorgen und Ängste teilen, diese sich jedoch durchaus in ihrer Gewichtung unterscheiden. Während sich von den Demonstrant*innen ein Drittel vor dem Sozialabbau fürchtet und ein Drittel nicht, sind dies unter den Auszubildenden rund 55 Prozent. Vor Arbeitslosigkeit fürchten sich 39,2 Prozent der Auszubildenden, aber nur 16,7 Prozent der Demonstrant*innen.

Trotz ihrer starken Krisenbetroffenheit nehmen die Auszubildenden soziale Ungleichheit deutlich weniger wahr als die Demonstrant*innen, denn sie äußern sich insbesondere sozialpolitisch konnotierten Fragen gegenüber skeptischer. Dass der Wohlstand gerechter verteilt sein könnte, bejahen unter den Demonstrant*innen 86,9 Prozent, bei den Auszubildenden nur 63,9 Prozent. Des Weiteren stimmt ein großer Teil der Auszubildenden einer ökonomistisch bedingten Solidarität zu, die immer von meritokratischen Überzeugungen einer leistungsgerechten Gesellschaft ausgeht und klasseninduzierte Ungleichheiten ausblendet. Fast die Hälfte der Auszubildenden stimmen der Aussage zu, dass „nur wer etwas leistet auch Sozialleistungen bekommen solle“ und 44,6 Prozent sind der Meinung, „dass auf Arbeitslose ein stärkerer Druck ausgeübt werden sollte“ (vgl. Abb. 3 und 4 auf Seite 48).

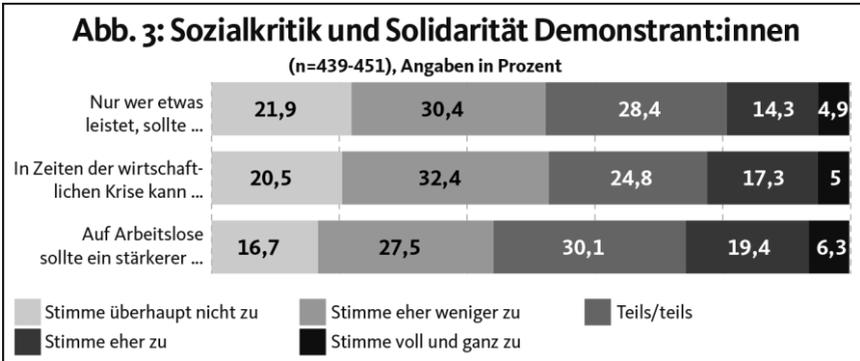
Die Zustimmung kann laut Heitmeyer auf Ökonomisierungstendenzen der Lebens- und Arbeitswelt von krisenbetroffenen Lohnabhängigen zurückgeführt werden, die bei ihnen letztlich selbst ökonomistische Denkmuster fördern. So

stellten die Autoren in der sechsten Erhebungswelle ihres Projektes „Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit“ fest, dass die kriseninduzierte Erfahrung von „Verunsicherung, Entbehrlichkeit und Sinnlosigkeit den Nährboden für eine Ideologie der Ungleichwertigkeit schaffen. Diese Ideologie begünstigt Machtdemonstrationen, in denen das Eigene (Majorität) auf- und das Fremde [...] abgewertet werden“ (Mansel/Endrikat 2007: 167). Für Butterwegge et al. handelt es sich hierbei gerade in Zeiten der auseinanderdriftenden Einkommens- und Vermögensverhältnisse um typische Entsolidarisierungsdynamiken unter Lohnabhängigen (vgl. Butterwegge et al. 2008: 215). Die Krise wird subjektiv verarbeitet, indem ein solidarisches Gesellschaftsbild an Bedeutung verliert und die eigene Leistung in Abgrenzung zu den Verlierer*innen, die nicht genug leisten oder schlichtweg Pech haben, aufgewertet wird. Armut, so Butterwegge, erscheine im Lichte dieser leistungsideologischen Auffassung nicht als strukturelles und kollektiv bekämpfbares Problem, sondern wird auf die Unzulänglichkeit einzelner zurückgeführt. Da es sich um ein subjektives Verarbeitungsmuster der Krise handelt, ist anzunehmen, dass diese Ansicht insbesondere dort auftritt, wo die Krise in besonderem Maße spürbar ist und auf Betroffene wirkt – in diesem Fall die auszubildenden Facharbeiter*innen in der Automobilindustrie.

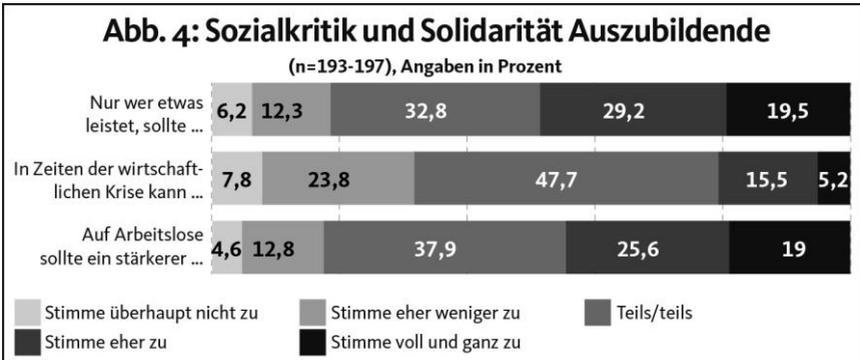
Während die Kritik der Demonstrant*innen ökologisch begründet ist, sich jedoch teilweise mit der sozialen Frage in Form einer sozial möglichst verträglichen Transformation verbindet, scheint es um die soziale Frage unter den Auszubildenden, die ihrer sozialen Stellung nach eigentlich deren glühende Repräsentant*innen sein müssten, äußerst still zu sein.

Ganz anders sieht es bei den Demonstrant*innen aus, die sich in den Interviews explizit kapitalismuskritisch äußern und nicht selten auch die soziale Frage aufgreifen. So beispielsweise das folgende Zitat eines jungen Demonstranten: *„Kapitalismus ist scheiße, weil es eben darauf beruht, dass sich einige Wenige an Vielen bereichern. Das ist das asozialste, was man eigentlich machen könnte. Also wenn man sich jetzt eine Schule vorstellt, wo Kapitalismus in einem kleinen Rahmen gemacht wird. Dass es dann eine Klasse gibt, die alles machen dürfen und alles haben, die dürfen sich dann aussuchen, welche Lehrer oder was und die anderen bekommen den Rest.“* (FFF-I8, Pos. 101)

Dass, wie Decker aufzeigt, Grünen-Wähler*innen tendenziell der „neuen Mittelschicht“ angehören und die soziale Frage kaum thematisieren (vgl. Decker 2020), scheint auf die Demonstrant*innen jedenfalls nicht gänzlich zuzutreffen. Auch wenn die soziale Frage nicht im Vordergrund ihrer Kritik steht, so stimmen sie sozialkritischen Aussagen in der standardisierten Umfrage deutlich zu und geben sich, wie auch von Karg/Laßhof in einer Nacherhebung quantitativ bestätigt, explizit system- und kapitalismuskritisch (Karg/Laßhof 2022).



Anm.: Die Items lauten ausformuliert: „Nur wer etwas leistet sollte Sozialleistungen erhalten.“; „In Zeiten der wirtschaftlichen Krise kann nicht auf jeden Rücksicht genommen werden.“; „Auf Arbeitslose sollte ein stärkerer Druck ausgeübt werden.“



Anm.: Ausformulierte Items s. Anm. Abb. 3.

Herausforderung für Gewerkschaften

Der skizzenhafte, klassenspezifische Vergleich beider Untersuchungsgruppen deutet bereits darauf hin, dass ein Zusammenhang zwischen der Klassenzugehörigkeit und den politischen und sozialkritischen Einstellungen zu vermuten ist und sich theoretisch untermauern lässt.

Daneben deuten die Ergebnisse der Studie jedoch auch auf die aktuell zentralen Herausforderungen für Gewerkschaften hin. So fällt neben der Sozialkritik auch eine grundlegende Systemkritik bei den Auszubildenden eher gering aus. Der Protestform der jungen FfF-Demonstrant*innen, die als „nicht machbar und nicht tragbar“ (AK1-I15-69) oder aber zu radikal (vgl. hierzu auch AK2-I17) erscheint, stellen Auszubildende die Idee eines auszutarierenden Verhältnisses zwischen Ökologie, Gesellschaft und Wirtschaft entgegen, welches die ökologische Frage mit Maß zu behandeln hat.

Den Auszubildenden scheint ein gewerkschaftlicher Aktivismus, der über die betriebliche Ebene hinausgeht und soziale Ungleichheiten thematisiert, eher fremd zu sein. 56,7 Prozent der Auszubildenden bringen den Gewerkschaften viel bis sehr viel Vertrauen entgegen, aber 30,8 Prozent sind sich ihres Vertrauens nur teilweise gewiss und 12,5 Prozent vertrauen den Gewerkschaften kaum bis gar nicht. Deuten lässt sich dieses Ergebnis beispielsweise anhand folgender Interviewpassage, in welcher ein Befragter einen starken Einfluss von Machtstrukturen auf die gewerkschaftliche Willensbildung vermutet: „[...] natürlich gibt es da vielleicht auch den einen oder anderen, der korrupt ist oder so oder sich beschwatzen lässt, also gerade in solchen mächtigen Positionen, wo du halt viel Verantwortung hast [...], ist es ja sehr attraktiv dann als Funktionär den dann zu bestechen letzten Endes, also weißt du, [...] wenn der Arbeitgeber dann kommt und [...] dem Vorteile bietet, dass man dann darauf eingeht und vielleicht mal nicht gerade das Beste für den Arbeitnehmer rausholt oder so. Das glaube ich schon, dass es das gibt, aber ich weiß nicht, ob man das verhindern kann.“ (AK1-I15, Pos. 42)

Auch wenn diese Passage bei Weitem nicht das Interviewsample widerspiegelt, muss diese Tendenz ernst genommen werden, da auch sie – wie die inhaltlich kaum angebundene Mitgliedschaft – auf eine Entfremdung der Basis von der Bewegung und auf ein zumindest nicht ungebrochenes Vertrauen seitens der Mitglieder verweist.

In den Ergebnissen unserer Studie spiegeln sich so gesehen nicht ausschließlich die Klassenzugehörigkeiten der Gruppen wider. Sie lassen sich durchaus auch als symptomatisch für eine – insbesondere im Vergleich zu FFF – starr gewordene Gewerkschaft lesen, deren hoher Reifegrad dazu führt, dass die Diskrepanz zwischen Mitglieder- und Funktionärsinteressen wächst und Mitgliedschaften oft nur recht formale Substanz haben. Vom Organisationsgrad kann nicht direkt auf Langfristigkeit und inhaltliche Qualität der Mitgliederbindung geschlossen werden. Das Ergebnis dürfte insofern den Befund von Brinkmann et al. bestätigen, die mit Blick auf die Gewerkschaften eine Krise der Repräsentation konstatieren, die mit der Erosion gewerkschaftlicher Machtressourcen einhergehe und sich auf entfremdete „Beziehungen zwischen gewerkschaftlichen Aktivisten und ihrer Mitgliederbasis einschließlich der potenziellen und Nicht-Mitglieder“ (Brinkmann et al. 2008: 43) zurückführen lässt. Genau hier und in der gesellschaftspolitischen Positionierung liegt eine Herausforderung, der sich Gewerkschaften stellen müssen (vgl. dazu Brinkmann/Karg/Laßhof 2022: 114–116).

Fazit

Eine Krisendeutung und -bearbeitung, die sich innerhalb der Logik der Kapitalakkumulation bewegt, scheint zwangsläufig im Konflikt zwischen ökologischer und sozialer Frage zu münden. Einerseits sind die Auszubildenden von der Dringlichkeit der Klimafrage überzeugt, sie sind Fridays for Future gegenüber keineswegs abgeneigt. Andererseits kann in ihrem Bild der Krisendeutung der Widerspruch beider Anliegen kaum Auflösung finden, da die wahrgenommenen Widersprüche der kapitalistischen Produktion nicht als Systemfrage transzen-

diert, sondern partikular bearbeitet und als sozial-ökologischer Kompromiss ausgehandelt werden sollen. Solche Lösungsstrategien müssen unweigerlich in Konflikt miteinander geraten. Damit die Bewegungen nicht gegeneinander ausgespielt werden können, müssten Strategien diskutiert werden, welche die Interessen beider Bewegungen auf einen Nenner bringen können. Hier sind v. a. Gewerkschaften in ihrer Rolle als gesellschaftspolitische Akteure gefragt.

Literatur

- Bischoff, J. & Herkommer, S. (1990). Von der Klassentheorie zur Ungleichheitsforschung? In: André Leisewitz; Klaus Pickshaus [Hg.]: Gewerkschaften, Klassentheorie und Subjektfrage. IMSF Forschung und Diskussion 5. IMSF Frankfurt a. M., S.71-92.
- Brinkmann, U. & Karg, L. & Laßhof, M. (2022). Von der Überdehnung in die Offensive. Überlegungen zur Zukunft der Tarifautonomie und zum Funktionswandel der Industriellen Beziehungen. In J. Köhlinger (Hrsg.), *Solidarisch in die Offensive* (S. 105–119). Hamburg.
- Brinkmann, U. & Hassan-Beik, M. & Zappino, L. (2020). *Solidarität und Skepsis. Flucht, Migration, arbeitsweltliche Umbrüche und politische Entwurzelung*. VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden.
- Brinkmann, U. & Choi, H. & Detje, R. & Dörre, K. & Holst, H. & Karakayali, S. & Schmalstieg, C. (2008). *Strategic Unionism: Aus der Krise zur Erneuerung der Gewerkschaften? Umriss eines Forschungsprogramms*. mit einem Vorwort von Hans-Jürgen Urban. VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden.
- Butterwegge, C. & Lösch, B. & Ptak, R. (2008). *Kritik des Neoliberalismus*. 2., verbesserte Auflage. VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden.
- Candeias, M. & Steckner, A. (2020). Geiz ist gar nicht geil. Über Konsumweisen, Klassen und Kritik. Standpunkte 11/2014, Rosa-Luxemburg-Stiftung. Abruf unter: <https://www.rosalux.de/publikation/id/7907/geiz-ist-gar-nicht-geil>
- Crouch, C. (2008). *Postdemokratie*. Suhrkamp, Frankfurt am Main.
- Decker, F. & Best, V. & Fischer, S. & Küppers, A. (2019). *Vertrauen in Demokratie. Wie zufrieden sind die Menschen in Deutschland mit Regierung, Staat und Politik?* Friedrich-Ebert-Stiftung.
- Dörre, K. (2009). Die neue Landnahme. Dynamiken und Grenzen des Finanzmarktkapitalismus. In: Dörre, K. & Lessenich, S. & Rosa, H. *Soziologie - Kapitalismus - Kritik - Eine Debatte*. Suhrkamp, Frankfurt am Main, S. 21-86.
- Dörre, K. & Holzschuh, M. & Köster, J. & Sittel, J. (2020). *Abschied von Kohle und Auto? Sozial-ökologische Transformationskonflikte um Energie und Mobilität*. Campus Verlag, Frankfurt/New York.
- Eberl, O. & Salomon, D. (2014). Die soziale Frage in der Postdemokratie. In: *Forschungsjournal Soziale Bewegungen*, Band 27, Jg. 1, 2014, S. 17-27.
- Foa, R.S. & Klassen, A. & Slade, M. & Rand, M. & Collins, A. & Collins, R. (2020). *The Global Satisfaction with Democracy Report 2020*. Cambridge, United Kingdom: Centre for the Future of Democracy.
- Groh-Samberg, O. (2009). *Armut, soziale Ausgrenzung und Klassenstruktur. Zur Integration multidimensionaler und längsschnittlicher Perspektiven*. VS Verlag Wiesbaden.

- Hagelstange, T. (1990). Erklärt die bundesdeutsche Klassenstruktur Unterschiede im Klassenbewusstsein? In: Leisewitz, A. & Pickshaus, K. [Hg.]. Gewerkschaften, Klassentheorie und Subjektfrage. IMSF Forschung und Diskussion 5. IMSF Frankfurt a. M., S. 113-128.
- Kadritzke, U. (2019). Jenseits von ‚Mitte und Maß‘. Eine Vergegenwärtigung der Klassenfrage. In: Vester, M. & Kadritzke, U. & Grad, G. [Hg.]. Klassen – Fraktionen – Milieus. Beiträge zur Klassenanalyse (1). Rosa-Luxemburg-Stiftung, S. 68-88.
- Karg, L. & Laßhof, M. (2020). Klimakrise im Krisenklima. Krisenwahrnehmung und -empfindung von Jugendlichen. In: Z. 123, S. 63–75.
- Karg, L. & Laßhof, M. (2021). Die Jugend kriegt die Krise(n): Die Jugend kriegt die Krise(n). Wahrnehmungen von Fridays-for-Future-Aktiven und Auto-Azubis im Vergleich. Hamburg.
- Karg, L. & Laßhof, M. (2022). „System Change not Climate Change“? Fridays for Future revisited. In: Z. 130, S. 93–106.
- Mansel, J. & Endrikat, K. (2007). Die Abwertung von ‚Überflüssigen‘ und ‚Nutzlosen‘ als Folge der Ökonomisierung der Lebenswelt: Langzeitarbeitslose, Behinderte und Obdachlose als Störfaktor. In: Soziale Probleme, 18(2), S. 163-185.
- Marx, K. (1962 [1867]). Das Kapital. Kritik der politischen Ökonomie. Erster Band. In: Marx - Engels – Werke, Band 23. Berlin.
- Nachtwey, O. (2015). Rechte Wutbürger: Pegida oder das autoritäre Syndrom. In: Blätter für deutsche und internationale Politik 60(3), S. 81-90.
- Wright, E. O. & Becker, U & Brenner, J. & Burawoy, M. & Burris, V. & Carchedi, G. & Marshall, M. & Meiksins, P. F. & Rose, D. & Stinchcombe, A. & Van Parijs, P. (1989). The debate on classes. Verso, London.
- Wright, E. O. (2004). Class counts (students edition). Cambridge University Press.
- Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften. (2019). Wort des Jahres Schweiz 2019 ist gewählt. Abruf unter: <https://www.zhaw.ch/storage/hochschule/medien/news/191203-mm-de-wort-des-jahres.pdf>.